

Verwaltungsvereinbarung

Zwischen dem Land Brandenburg,
handelnd im eigenen Namen und
für die Bundesrepublik Deutschland,
vertreten durch das Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft,
dieses vertreten durch den Landesbetrieb Straßenwesen Brandenburg,
vertreten durch den Vorsitzenden des Vorstandes
Herrn Dr. Albrecht Klein
Dienststätte Eberswalde, Tramper Chaussee 3 Haus 8,
16225 Eberswalde
- Landesbetrieb -
und der Stadt Eberswalde
vertreten durch den Bürgermeister, Friedhelm Boginski
Breite Straße 41-44, 16225 Eberswalde
- Stadt-

über die Renaturierung (Entsiegelung), Aufforstung und Entwicklung von Trockenrasen im Bereich des ehemaligen GUS-Objektes "Märkische Heide" in Eberswalde als Ersatzmaßnahme (E 11) für die Straßenbaumaßnahme

Bundesstraße 167n (B 167n) Ortsumgehung Finowfurt-Eberswalde (L220-L200).

Verzeichnis:

Artikel 1 Grundlagen

Artikel 2 Teilmaßnahme 1

§ 1 Gegenstand

§ 2 Durchführung der Maßnahme

§ 3 Kostentragung

Artikel 3 Teilmaßnahme 2

§ 1 Gegenstand

§ 2 Kosten

§ 3 Ausübung der Nutzung

Artikel 4 Teilmaßnahme 3

§ 1 Gegenstand

§ 2 Kosten

§ 3 Ausübung der Nutzung

Artikel 5 Allgemeine Regelungen

§ 1 Sicherheit

§ 2 Haftung

§ 3 Planfeststellungsverfahren

§ 4 Verjährung

§ 5 Vertragsbestandteil

§ 6 Schlussbestimmungen

Artikel 1

Grundlagen

- (1) Die Stadt ist Eigentümerin der Flurstücke 136 und 2178, Flur 2 Gemarkung Finow. Diese Liegenschaft ist Bestandteil der ehemaligen WGT-Liegenschaft sog. "Märkische Heide". Auf diesem Flurstück ist u.a. vorgesehen, Hochbauten abzureißen und die darunterliegenden Flächen zu entsiegeln verbunden mit hierfür erforderlichen Kompensationsmaßnahmen. Die Stadt hat dazu eine detaillierte Bestandsaufnahme durchgeführt.

Basierend auf dem Fördermittelantrag der Stadt Eberswalde vom 29.08.2016 wurde mit Fördermittelbescheid der Investitionsbank des Landes Brandenburg (nachfolgend ILB genannt) vom 19.04.2017 eine zweckgebundene Zuwendung für den Rückbau von Gebäuden und Entsiegelung von Flächen einschließlich der hierfür erforderlichen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen auf der Grundlage der Richtlinie des Ministeriums für Infrastruktur und Landesplanung zur nachhaltigen Entwicklung von Stadt und Umland (NESUR) vom 29.04.2016 bewilligt. Die Förderung wird aus Mitteln des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) kofinanziert.

Die Stadt stellt dem Landesbetrieb das Flurstück 136 und einen Teilbereich des Flurstücks 2178 für die Anrechnung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen im Rahmen der genannten Straßenbaumaßnahme Bundesstraße 167n (B 167n) Ortsumgehung Finowfurt-Eberswalde (L220-L200) nach Maßgabe der folgenden Regelungen zur Verfügung:

Der Landesbetrieb

1. einen finanziellen Beitrag zur Entsiegelung der Fläche leistet (Teilmaßnahme 1),
2. nach Abschluss der Konversionsmaßnahme auf Teilflächen Trockenrasen entwickelt (Teilmaßnahme 2), wobei der konkrete Umfang und die genaue Lage der Teilfläche gemäß Artikel 3 § 1 abgestimmt wird und
3. nach Abschluss der Konversionsmaßnahme auf Teilflächen Aufforstungen

durchführt (Teilmaßnahme 3), wobei der konkrete Umfang und die genaue Lage der Teilfläche gemäß Artikel 4 § 1 abgestimmt wird.

Die Konversionsmaßnahme ist abgeschlossen im Sinne dieses Vertrages mit Eingang der Fertigstellungsanzeige im Sinne des Artikel 2 § 2 Abs. 2, Satz 1 dieses Vertrages beim Landesbetrieb. Weitere Voraussetzungen müssen hierfür nicht erfüllt werden.

Die vertragsgegenständliche Grundstücksfläche Flurstück 136 und Flurstück 2178 tlw., Gemarkung Finow, Flur 2 ist in dem als Anlage 1 beigefügten Lageplan farblich gekennzeichnet. Gleiches gilt für die Teilfläche auf der Trockenrasen entwickelt werden soll und für die Teilfläche auf der Aufforstung stattfinden soll.

- (2) Diese Teilmaßnahmen werden auf der Grundlage des Bundesfernstraßengesetzes (FStrG) sowie des Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG) und im Rahmen der Kompensationspflicht nach § 19 BNatSchG Eingang in den Landschaftspflegerischen Begleitplan des Vorhabens „Straßenbaumaßnahme Bundesstraße 167n (B 167n) Ortsumgehung Finowfurt-Eberswalde (L220-L200)“ finden. Derzeit wird das Planfeststellungsverfahren zum Vorhaben B 167 OU Finowfurt-Eberswalde durchgeführt. In den Unterlagen wird die naturschutzfachliche Maßnahme E11 (Maßnahmenblatt Maßnahmen-Nr. E11, Anlage 2) im Regelungsverzeichnis (alt: Bauwerksverzeichnis) als Nr. 654 geführt. Die Unterlagen hierzu sind im Januar 2018 ausgelegt worden. Die Zustimmung zur Aufnahme der Maßnahme in den Landschaftspflegerischen Begleitplan gilt seitens der Stadt als erteilt, wenn diese Vereinbarung wirksam wurde. Diese Vereinbarung wird wirksam mit Unterzeichnung aller Vertragspartner und Vorlage der erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 2
Teilmaßnahme 1

§ 1 Gegenstand

Die Stadt beabsichtigt unter Verwendung der in Artikel 1 dieses Vertrages genannten Fördermittel den Rückbau der Gebäude und der Versiegelungsflächen auf der in der Anlage 1 gekennzeichneten Fläche. Nach Abschluss dieser Maßnahme erfolgt eine Rekultivierung der Abbruchflächen und es werden Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen durchgeführt für verlorengegangene Wohn- und Niststätten geschützter Vogel- und Fledermausarten. Die Rückbau- und Entsiegelungsmaßnahme der Stadt umfasst insgesamt ca. 55.190,05 m³ (eingeschlossen 2,149 ha Entsiegelung). Diese Maßnahme ist im Zeitraum von Ende 2017 bis Mitte 2019 geplant.

Diese Maßnahme der Stadt wird im Folgenden Konversionsmaßnahme genannt. Maßgebend für die Durchführung der Konversionsmaßnahme sind die Vorgaben des Fördermittelgebers. Sollte der Fördermittelbescheid widerrufen oder zurückgenommen werden, begründet diese Vereinbarung keine Verpflichtung der Stadt die Maßnahme durchzuführen oder zu vollenden.

Da der Landesbetrieb im Zuge der in Artikel 1 dieses Vertrages genannten Straßenbaumaßnahme zur Kompensation von Versiegelungsflächen 2, 149 ha entsiegelte Fläche benötigt, ist die Stadt bereit die Entsiegelungsfläche der Grundflächen in einem Umfang von 2,149 zu Gunsten des Landesbetriebes als Kompensationsmaßnahme für die Straßenbaumaßnahme gegen finanzielle Beteiligung anrechnen zu lassen.

Objekt mit Flurstücksangaben				
Entsiegelungsmaßnahme ehemaliges GUS Objekt „Märkische Heide“				
Objekt/Standort	Gemarkung	Flur	Flurstück	Summe Entsiegelungsfläche in qm
Märkische Heide	Finow	2	136 2178 tlw.	2,149 ha

§ 2 Durchführung der Maßnahme

- (1) Die Stadt führt die Konversionsmaßnahme (Teilmaßnahme 1) eigenverantwortlich nach Maßgabe der Fördermittelbestimmungen durch.
- (2) Die Stadt wird dem Landesbetrieb die Beendigung der Bautätigkeit und Beräumung der Fläche von den Baugerätschaften (Abschluss der Konversionsmaßnahme) schriftlich anzeigen (Fertigstellungsanzeige). Dem Landesbetrieb wird Gelegenheit gegeben, sich von der Entsiegelung der Fläche zu überzeugen.

§ 3 Kostentragung

- (1) Der Landesbetrieb beteiligt sich an den Kosten der Konversionsmaßnahme mit einem Festbetrag in Höhe von 161.182,50 EURO zzgl. Umsatzsteuer.

$$\begin{aligned} 21.491\text{qm} * 7,50 \text{ €/qm} &= 161.182,50 \text{ EURO zzgl. Umsatzsteuer} \\ &= 191.807,18 \text{ EURO brutto} \end{aligned}$$

Gegenstand dieses Festbetrages sind auch Kosten der Entsorgung, sofern sie als nicht gefährliche mineralische Abfälle bis einschließlich LAGA Z 2 eingestuft werden.

Eine gesonderte Rechnungslegung, aus der die vom Landesbetrieb zu tragenden Kosten hervorgehen, wird vom Landesbetrieb eigenständig bei der UWEG – Umwelt-, Forschungs- und Dienstleistungsgesellschaft mbh, veranlasst.

- (2) Der Festbetrag ist zur Zahlung 30 Tage nach Vorlage der durch die Stadt bestätigten Schlussrechnung in Kopie des bauausführenden Unternehmens fällig. Maßgebend für die Fristbestimmung ist der Eingang der Schlussrechnung in Kopie beim Landesbetrieb.
- (3) Auf Anforderung der Stadt wird der Landesbetrieb Abschlagszahlungen abhängig vom Baufortschritt in Höhe von insgesamt 100 % des Festbetrages (191.807,18 EURO brutto) an die Stadt leisten. Die Abschlagszahlungen werden 21 Werktage nach Anforderung und Vorlage der jeweiligen Abschlagsrechnung des bauausführenden Unternehmens in Kopie fällig. Die Höhe der jeweiligen

Abschlagszahlungen ist begrenzt durch die Höhe der Abschlagsrechnungen des bauausführenden Unternehmens.

Die Stadt ist berechtigt die Abschlagszahlungen beim Landesbetrieb nach Bedarf anzufordern. Dementsprechend besteht die Möglichkeit seitens der Stadt die Anforderung nicht mit der 1. Abschlagsrechnung des bauausführenden Unternehmens zu tätigen, sondern auch zu einem späteren Zeitpunkt mit Vorliegen weiterer Abschlagsrechnungen den Anspruch geltend zu machen. In diesen Fällen gelten die vorherigen Regelungen entsprechend.

Die vom LS zu begleichenden Abschlagszahlungen sollten weitestgehend an das Kompensationsziel der Teilmaßnahme 1 (Entsiegelung) gekoppelt sein. Hilfsweise können sich die Abschlagszahlungen am Verhältnis Gesamtzahlung LS zu den Gesamtkosten orientieren (ca. 20 %)

- (4) Der Landesbetrieb ist berechtigt den Baufortschritt gemeinsam mit der Stadt in Augenschein zu nehmen.
- (5) Der Landesbetrieb verpflichtet sich zur rechtzeitigen Zahlung der geforderten Abschlagszahlungen.

Artikel 3 Teilmaßnahme 2

§ 1 Gegenstand

- (1) Nach Abschluss der Konversionsmaßnahme auf der in der Anlage 1 gekennzeichneten Fläche gestattet die Stadt dem Landesbetrieb auf der in der Anlage 1 gekennzeichneten Fläche ca. 1,25 ha Trockenrasen zu entwickeln. Die genaue Lage und der Umfang der hierfür bereitzustellenden Fläche werden nach Abschluss der Maßnahme in Abstimmung der Vertragsparteien festgelegt. Maßgebend für die Lage und den Flächenumfang sind die Gegebenheiten nach Abschluss der Maßnahme und dem Interesse der Stadt auf eine flächenmäßig zusammenhängende Waldfläche.
- (2) Die Entwicklung des Trockenrasens (Teilmaßnahme 2) wird durch den Landesbetrieb nach Beendigung der Konversionsmaßnahme durchgeführt und langfristig (25 Jahre) unterhalten.

Der Landesbetrieb wird unmittelbar nach der Flächenbestimmung im Sinne des Artikel 3 § 1 Abs. 1 dieses Vertrages und schriftlicher Aufforderung durch die Stadt mit der Entwicklung des Trockenrasens beginnen, sofern in der Aufforderung keine andere Anfangsfrist bestimmt ist.

Sollte zwischen den Vertragspartnern keine Einigung zur Flächenbestimmung erzielt werden können, ist die Stadt befugt, die Flächenbestimmung vorzunehmen.

Die langfristige Unterhaltung kann vom Landesbetrieb an Dritte übertragen werden. Der Landesbetrieb wird der Stadt die Beauftragung des Dritten mitteilen.

- (3) Der Beginn und der Abschluss der Teilmaßnahme 2 incl. der Unterhaltung ist der Stadt schriftlich anzuzeigen. Nach Abschluss der Entwicklung des Trockenrasens ist die Fläche von Werkzeugen, Gerätschaften, Unrat, etc. zu beräumen.
- (4) Seitens der Stadt besteht keine Verpflichtung, Trockenrasen zu entwickeln oder zu pflegen. Dies gilt auch nach Ablauf der 25-jährigen Unterhaltung im Sinne des Artikel 3 § 1 Abs. 2 dieses Vertrages.

§ 2 Kosten

Sämtliche Kosten der Teilmaßnahme 2 trägt der Landesbetrieb. Eine Kostenerstattung oder Entschädigung seitens der Stadt erfolgt nicht.

§ 3 Ausübung der Nutzung

- (1) Der Landesbetrieb übt die Nutzung wald- und bodenschonend aus. Die Durchführung der Teilmaßnahme 2 ist mit der Stadt abzustimmen.
- (2) Die Nutzung der in der Anlage 1 gekennzeichneten und durch Art.3 § 1 (1) zu bestimmenden Fläche wird durch den nach Artikel 2 dieses Vertrages zu leistenden Festbetrag abgegolten.
- (3) Entschädigungsansprüche des Landesbetriebes gegenüber der Stadt im Zusammenhang mit der Teilmaßnahme 2 sind ausgeschlossen.
- (3) Die Vertragsparteien sind sich darüber einig, dass die Fläche „Trockenrasen“ Wald im Sinne des Waldgesetzes darstellt.

Artikel 4

Teilmaßnahme 3

§ 1 Gegenstand

- (1) Nach Abschluss der Konversionsmaßnahme gestattet die Stadt dem Landesbetrieb auf der in der Anlage 1 gekennzeichneten Fläche Aufforstungsmaßnahmen von ca. 0,86 ha durchzuführen. Die genaue Lage und der Umfang der hierfür bereitzustellenden Fläche werden nach Abschluss der Maßnahme in Abstimmung der Vertragsparteien festgelegt. Maßgebend für die Lage und den Flächenumfang sind die Gegebenheiten nach Abschluss der Maßnahme und dem Interesse der Stadt auf eine flächenmäßig zusammenhängende Waldfläche unter Berücksichtigung der nach Artikel 3 § 1 Abs. 1 und Abs. 2 dieses Vertrages festgelegten bzw. festzulegenden Fläche für die Entwicklung des Trockenrasens.

- (2) Die Teilmaßnahme 3 einschließlich der mindestens 5-jährigen Kulturpflege wird bis zur Erfüllung des Herstellungsziels durch den Landesbetrieb durchgeführt.

Der Landesbetrieb wird unmittelbar nach der Flächenbestimmung im Sinne des Artikel 4 § 1 Abs. 1 dieses Vertrages und schriftlicher Aufforderung durch die Stadt mit den Aufforstungsmaßnahmen beginnen, sofern in der Aufforderung keine andere Anfangsfrist bestimmt ist. Sollte zwischen den Vertragspartnern keine Einigung zur Flächenbestimmung erzielt werden können, ist die Stadt befugt, die Flächenbestimmung vorzunehmen.

Die Pflanzung sowie Kulturpflege erfolgt in Abstimmung mit der Stadt (konkret dem Stadtförster) und kann vom Landesbetrieb an Dritte übertragen werden. Der Landesbetrieb wird der Stadt die Beauftragung des Dritten mitteilen.

- (3) Bei der Durchführung der Teilmaßnahme 3, insbesondere der Pflanzung sind die gesetzlichen Bestimmungen nach dem Forstvermehrungsgutgesetz vom 22.05.2002 (BGBl. I S. 1658) zuletzt geändert durch Artikel 414 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474) zu beachten.
Ebenso sind die Festlegungen der Forstvermehrungsgut- Herkunftsgebietsverordnung (FoVHGv) vom 07.10.1994 (BGBl. I S. 3578) geändert durch die Erste Verordnung zur

Änderung der FoVHgV vom 15.01.2003 (BGBl. I. S. 238) zu beachten/einzuhalten. Gleiches gilt für die PEFC - Standards für Deutschland, welche diesem Vertrag als Anlage 3 beigefügt sind.

- (4) Der Waldbestand ist durch den Landesbetrieb zu erhalten und nicht zu schädigen.
- (5) Für alle verwendeten Pflanzen sind nach dem Abschluss der Arbeiten der Stadt die Herkunftsnachweise in Kopie zu übergeben.
- (6) Der Beginn und der Abschluss der Teilmaßnahme 3 ist der Stadt schriftlich anzuzeigen. Den Termin zum Abschluss der Pflanzungen werden die Vertragsparteien nach Abschluss der Konversionsmaßnahme einvernehmlich schriftlich regeln. Nach Abschluss der Pflanzungen ist die Fläche von Werkzeugen, Gerätschaften, Unrat, etc. zu beräumen.
- (7) Zum Zeitpunkt der Abnahme der Kultur müssen die Kriterien einer gesicherten Kultur gemäß der Verwaltungsvorschrift zu § 2 des Waldgesetzes Brandenburg erreicht sein. Die Stadt ist rechtzeitig, mindestens 14 Werkzeuge vor dem Abnahmetermin, zur Abnahme einzuladen. Sollte dem zuständigen Mitarbeiter der Stadt eine Teilnahme an diesem Termin nicht möglich sein, ist ein neuer zeitnahe Abnahmetermin durch den Landesbetrieb zu benennen.
- (8) Seitens der Stadt besteht keine Verpflichtung, Aufforstungsmaßnahmen und Maßnahmen zur Entwicklungspflege durchzuführen. Dies gilt auch für Maßnahmen nach Erfüllung des Herstellungsziels im Sinne des Artikel 4 § 1 Abs. 2 dieses Vertrages.

§ 2 Kosten

Sämtliche Kosten der Teilmaßnahme 3 trägt der Landesbetrieb. Eine Kostenerstattung oder Entschädigung seitens der Stadt erfolgt nicht.

§ 3 Ausübung der Nutzung

- (1) Der Landesbetrieb übt die Nutzung wald- und bodenschonend aus. Die Durchführung der Teilmaßnahme 3 ist mit der Stadt (konkret dem Stadtförster) abzustimmen.
- (2) Die Nutzung der in der Anlage 1 gekennzeichneten und durch Art. 4 § 1 (1) zu bestimmenden Fläche wird durch den nach Artikel 2 dieses Vertrages zu leistenden Festbetrag abgegolten.
- (3) Entschädigungsansprüche des Landesbetriebes gegenüber der Stadt für die Teilmaßnahme 3, einschließlich der damit verbundenen möglichen Werterhöhung der Waldfläche sind ausgeschlossen.

Artikel 5

Allgemeine Regelungen

§ 1 Sicherheit

- (1) Die Stadt wird nach Abschluss der Konversionsmaßnahme dem Landkreis Barnim, vertreten durch die Untere Naturschutzbehörde, eine beschränkt persönliche Dienstbarkeit wie folgt bewilligen:

Die Stadt als Eigentümerin bewilligt und beantragt zugunsten des Landkreises Barnim, vertreten durch die Untere Naturschutzbehörde des Landkreises Barnim, in 16225 Eberswalde, eine beschränkt persönliche Dienstbarkeit mit folgendem Inhalt:

- I. Das Flurstück 136, der Flur 2, der Gemarkung Finow ist als Fläche zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft gemäß den Festsetzungen des Flächennutzungsplanes der Stadt Eberswalde 2014 zu nutzen.
- II. Der Landkreis Barnim, vertreten durch die Untere Naturschutzbehörde, ist berechtigt, das Flurstück 136, der Flur 2, der Gemarkung Finow zum Zwecke der Begutachtung zu betreten.

III. Die beschränkt persönliche Dienstbarkeit ist auf 25 Jahre befristet.

- (2) Der Landesbetrieb verzichtet auf die Eintragung einer Dienstbarkeit zugunsten der BRD (Bundesstraßenverwaltung). Die Stadt übergibt dem Landesbetrieb zeitnah einen Nachweis über die erfolgte Eintragung der Dienstbarkeit.

§ 2 Haftung

- (1) Der Landesbetrieb übernimmt im Rahmen seiner Nutzung im Sinne der Artikel 3 und Artikel 4 dieses Vertrages die Verkehrssicherungspflicht auf der Fläche, gekennzeichnet in der Anlage 1 mit Beginn der Durchführung der Teilmaßnahme 2 für die Dauer der Unterhaltungspflicht (25 Jahre) und auf der Fläche, gekennzeichnet in der Anlage 1 mit Beginn der Durchführung der Teilmaßnahme 3 bis zur Erfüllung des Herstellungsziels, mindestens jedoch für 5 Jahre. Maßgebend für die Lage und den Umfang der Flächen ist die gemäß Artikel 3 und 4 dieses Vertrages abgestimmte Flächenfestlegung der Vertragsparteien. Die Verkehrssicherungspflicht endet mit Beendigung der Teilmaßnahmen einschließlich der Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen und umfasst auch den Zeitraum einer notwendigen Wiederholung der Pflanzung verbunden mit deren Pflegemaßnahmen.
- (2) Der Landesbetrieb haftet nach den gesetzlichen Bestimmungen gegenüber der Stadt, ihren Beschäftigten oder ihren Beauftragten für solche Schäden, die mit Durchführung der Teilmaßnahmen 2 und 3 einschließlich der Pflege- und Unterhaltungsmaßnahmen vorsätzlich oder fahrlässig verursacht werden. Diese Haftungseinschränkung gilt nicht für Schäden aus der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit. Bei mitwirkendem Verschulden gilt § 254 BGB. Schadenersatzansprüche aufgrund hoheitlicher Tätigkeit (Artikel 34 Satz 1 GG in Verbindung mit § 839 BGB) bleiben unberührt.
- (3) Die Stadt haftet dem Landesbetrieb nur für solche Schäden, die ihre Beschäftigten oder Beauftragten bei der Erfüllung der Aufgaben der Stadt vorsätzlich oder fahrlässig verursacht haben. Diese Haftungseinschränkung gilt nicht für Schäden aus der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit.

Bei mitwirkendem Verschulden gilt § 254 BGB. Schadensersatzansprüche aufgrund hoheitlicher Tätigkeit (Artikel 34 Satz 1 GG in Verbindung mit § 839 BGB) bleiben unberührt.

§ 3 Planfeststellungsverfahren

Wird im Zuge des Planfeststellungsverfahrens zur Straßenbaumaßnahme Bundesstraße 167n (B 167n) Ortsumgehung Finowfurt-Eberswalde (L220-L200)

1. kein Planfeststellungsbeschluss gefasst,
2. der Planfeststellungsbeschluss geändert oder aufgehoben oder
3. der Planfeststellungsbeschluss ganz oder teilweise nicht für vollziehbar erklärt,

sind sich die Vertragsparteien darüber einig, dass dies keine Auswirkung auf diesen Vertrag hat und die Fläche im Rahmen einer vergleichbaren Straßenbaumaßnahme angerechnet werden kann.

§ 4 Verjährung

Die Vertragsparteien sind sich darüber einig, dass die Verjährungsfristen für die Vertragspflichten 5 Jahre betragen. Im Übrigen gelten die gesetzlichen Regelungen.

§ 5 Vertragsbestandteil

Vertragsbestandteile sind

- | | |
|--------------------------------------|----------|
| 1. Lageplan Maßnahme E 11 | Anlage 1 |
| 2. Maßnahmenblatt Maßnahmen-Nr. E 11 | Anlage 2 |
| 3. PEFC - Standards für Deutschland | Anlage 3 |

§ 6 Schlussbestimmungen

- (1) Diese Vereinbarung wird zweifach ausgefertigt, wovon jede Partei ein Exemplar erhält. Änderungen der Vereinbarung bedürfen der Schriftform.
- (2) Sollte eine Bestimmung dieser Vereinbarung unwirksam oder undurchführbar sein, so soll das die Gültigkeit der Vereinbarung im Übrigen nicht berühren. Es gelten dann diejenigen Regelungen, die dem gewollten wirtschaftlichen Ergebnis der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmung möglichst nahe kommen. Entsprechendes gilt für etwaige Lücken dieser Vereinbarung.

Für die Stadt

Eberswalde, den ____ . ____ .20 ____

In Vertretung

Friedhelm Boginski

Bürgermeister

Eberswalde, den ____ . ____ .201 ____

Im Auftrag

Anne Fellner

stellv. Bürgermeisterin und

Baudezernentin

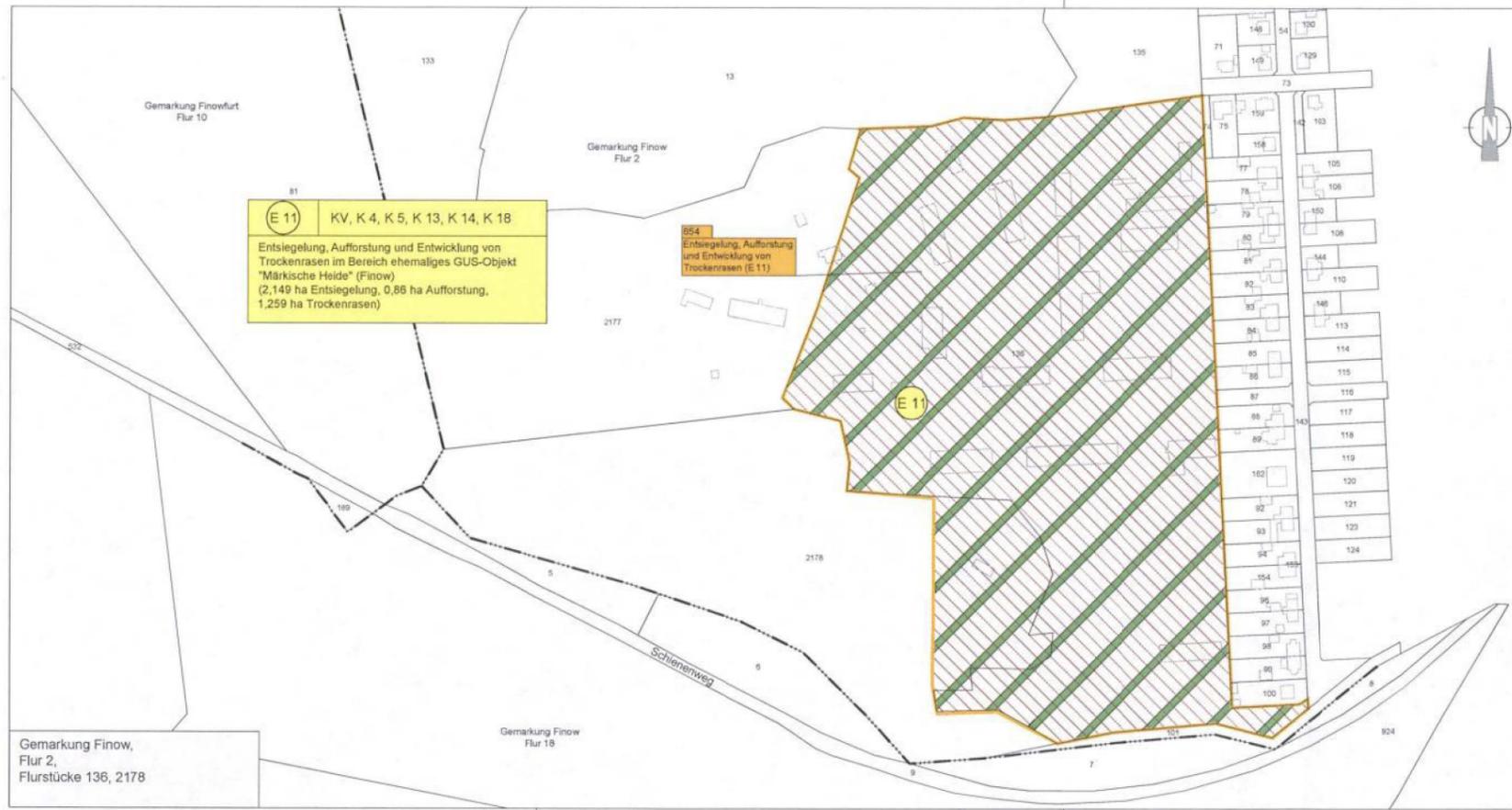
Für den Landesbetrieb

Eberswalde, den 15 . 01 .20 19

Im Auftrag


Landesbetrieb Straßenwesen
Brandenburg
Tramper Chaussee 3
16225 Eberswalde
Marko Jürgen

- Anlage 1 -



Legende

- Maßnahmen Nr. Bezug zur fortlaufenden Konfliktnummer
- E 11** KV, K 4, K 5, K 13, K 14, K 18
- Entsiegelung, Aufforstung und Entwicklung von Trockenrasen im Bereich ehemaliges GUS-Objekt "Märkische Heide" (Finow) (2,149 ha Entsiegelung, 0,86 ha Aufforstung, 1,259 ha Trockenrasen)
- V = Vermeidungs- (Schutz) / Verminderungsmaßnahme
 A = Ausgleichsmaßnahme
 E = Ersatzmaßnahme
 G = Gestaltungsmaßnahme
- Maßnahmen**
- Entsiegelung
 - Aufforstung, Entwicklung Trockenrasen
 - Planfeststellungsgrenze
- 854** Entsiegelung, Aufforstung und Entwicklung von Trockenrasen (E 11) Bauwerksnummer
- Flurstücksgrenze
 - - - - - Flurgrenze
 - · · · · Gemarkungsgrenze

2	Anpassung Maßnahmenumfang / -fläche E 11	12 / 2016	Braatz	Br
1	Aktualisierung Kataster	12 / 2016	Braatz	Br
Nr.	Art der Änderung	Datum	Name	Unterschrift

Sitzungsgemäß ausgelegt

in der Zeit vom _____ bis _____

in Stadt/Gemeinde/Amt _____

Zeit und Ort der Auslegung ortsüblich bekannt gemacht worden

Stadt/Gemeinde/Amt _____

(Dienststempel) _____ (Unterschrift)

Festgesetzt gemäß Beschluss vom heutigen Tage

Hospizgarten, den _____

Landesamt für Bauhen und Verkehr

(Dienststempel) _____ (Unterschrift)

Förster Planungsbüro Dustrieb. 15 10965 Berlin Tel. 030 78990-95 Fax -97		Proj. 2202	Datum	Zeichen
		bearbeitet	12/2016	Klaess
		gezeichnet	12/2016	Lampe
		geprüft	12/2016	Braatz

Berlin, den 22.12.2016

LAND BRANDENBURG

Landesbetrieb Straßenwesen
 Dezernat Planung Ost

Straße: B 167 Baulänge: 13,000 km
 nächster Ort: Sommerfelde Bau-km: 0+000,000 - 13+000,316

Unterlage Nr.: 12.2
 Blatt-Nr.: 31 A
 Auf.-Nr.:

Planfeststellung

B 167 OU Finowfurt/Eberwalde (L 220 - L 200)
 von Bau-km 0+000,000 bis Bau-km 13+000,316

bearbeitet	Datum	Name	Unterschrift
geprüft	31.08.2017	Glanke	

LBP Lageplan: Entsiegelung/Aufforstung Märkische Heide (Trassenplan)
 Maßstab: 1 : 2.000

Aufgestellt: Eberwalde, den 15.09.2017

Landesbetrieb Straßenwesen im Auftrag
 Dezernat Planung Ost Harald Günther

we

<p>Landesbetrieb Straßenwesen Dezernat Planung Ost <u>Bezeichnung der Baumaßnahme:</u> B 167 OU Finowfurt / Eberswalde (L 220 – L 200) Bau-km 0+000.000 – 13+000.316</p>	<p>Maßnahmen- blatt</p>	<p>Maßnahmen-Nr. E 11 (Entsiegelung / Aufforstung / Entw. Trockenrasen „Märkische Heide“) zum Lageplan der landschaftspflegerischen Maßnahmen Unterlagen-Nr.: 12.2 Blatt-Nr.: 31A (V = Vermeidung, S = Schutz, G = Gestaltung, A = Ausgleich, E = Ersatz) Lage der Maßnahme: Gemarkung Finow</p>
<p>Kurzbezeichnung der Maßnahme:</p>	<p>Entsiegelung, Aufforstung und Entwicklung von Trockenrasen im Bereich des ehemaligen GUS-Objektes „Märkische Heide“</p>	
<p>Konflikt / Beeinträchtigung Nr.: K V, K 4, K 5, K 13, K 14, K 17, K 18 im Bestands- und Konfliktplan 12.1 Blatt Nr. 1A – 4A</p>		
<p>Beschreibung: Bo/W: (B = Biotope/Pflanzen, T = Tiere, Bo = Boden, W = Wasser, K = Klima/Luft, L = Landschaftsbild) Durch den Neubau der B 167 und Nebenanlagen werden Böden mit allgemeiner und besonderer Funktionsausprägung versiegelt und durch die Anlage von Banketten teilversiegelt. Damit gehen natürliche Bodenfunktionen verloren. Weiterhin kommt es zu Waldverlusten und von Gras- und Staudenfluren wie u. a. Trockenrasen. Umfang: 18,85 ha Vollversiegelung, 14,42 ha Teilversiegelung 30,29 ha bau- und anlagebedingte Verluste von Wald; 1,6 ha Verlust an Gras- und Staudenfluren, u. a. Trockenrasen</p>		
<p>Maßnahme</p>		
<p>Begründung / Zielsetzung: Die Maßnahme im Bereich des ehemaligen Militärobjektes „Märkische Heide“ besteht aus 3 Teilmaßnahmen: 1. Entsiegelung von Flächen (in Zusammenhang mit dem Abriss von Hochbauten im Rahmen einer städtischen Maßnahme, gefördert von der ILB) als Kompensation für Versiegelung 2. Aufforstung im Bereich der zurückgebauten Flächen als Kompensation für Verluste von Forstflächen 3. Anlage von Trockenrasen als Kompensation für Verluste von Sandtrockenrasen und anderen Gras- und Staudenfluren.</p>		
<p>Maßnahmenbeschreibung: Im Bereich des ehemaligen Militärobjektes „Märkische Heide“ (Gemarkung Finow, Flur 2, Flurstücke 136 und 2178) werden Hochbauten abgerissen (in Zusammenhang mit einer von der ILB geförderten Maßnahme der Stadt Eberswalde) und dabei die Grundflächen entsiegelt. Die Maßnahme befindet sich im Naturraum „Nordbrandenburgisches Seengebiet, in dem auch die Straßenbaumaßnahme umgesetzt werden soll. Textfortsetzung auf Folgeblatt <input checked="" type="checkbox"/> Detail auf Anlageblatt Nr. <input type="checkbox"/></p>		
<p>Biotopentwicklungs- u. Pflegekonzept / Kontrollen: Die Teilmaßnahme Aufforstung umfasst eine 1-jährige Fertigstellungs- und eine 4-jährige Entwicklungspflege nach DIN 18916 bzw. 18919. Textfortsetzung auf Folgeblatt</p>		
<p>Zeitpunkt der Durchführung: Entsiegelung vor Baubeginn im Rahmen der Fördermaßnahme der Stadt, „andere Teilmaßnahmen anschließend, ggf. während der Bauzeit der B 167 OU Eberswalde <input checked="" type="checkbox"/> vor Baubeginn <input type="checkbox"/> mit Baubeginn <input checked="" type="checkbox"/> während der Bauzeit <input type="checkbox"/> nach Fertigstellung des Bauvorhabens</p>		
<p>Beeinträchtigung</p>	<p><input type="checkbox"/> vermieden <input type="checkbox"/> vermindert <input type="checkbox"/> ausgeglichen <input checked="" type="checkbox"/> ausgeglichen i. V. m. Maßn.-Nr. A 1, A2, A18 <input type="checkbox"/> nicht ausgleichbar <input type="checkbox"/> ersetzt... <input checked="" type="checkbox"/> ersetzt i. V. m. Maßn.-Nr. E9, E10, E15, E19, E20, E28, E29 <input type="checkbox"/> nicht ersetzbar</p>	
<p>Betroffene Grundflächen u. vorgesehene Regelung</p>		
<p><input checked="" type="checkbox"/> Flächen der öffentlichen Hand</p>	<p>2,149 ha Künftiger Eigentümer: Stadt Eberswalde</p>	
<p><input type="checkbox"/> Flächen Dritter</p>	<p>ha</p>	
<p><input type="checkbox"/> Vorübergehende Flächeninanspruchnahme</p>	<p>ha</p>	
<p><input type="checkbox"/> Grunderwerb erforderlich</p>	<p>ha</p>	
<p><input checked="" type="checkbox"/> Nutzungsbeschränkungen mit dinglicher Sicherung</p>	<p>2,149 ha Künftiger Unterhaltungspflichtiger: Stadt Eberswalde / Bundesrepublik Deutschland (Bundesstraßenverwaltung)</p>	
<p>Flächengröße der Maßnahme</p>	<p>2,149 ha</p>	

<p>Landesbetrieb Straßenwesen Dezernat Planung Ost <u>Bezeichnung der Baumaßnahme:</u> B 167 OU Finowfurt / Eberswalde (L 220 – L 200) Bau-km 0+000.000 – 13+000.316</p>	<p>Maßnahmen- blatt Folgeblatt</p>	<p>Maßnahmen-Nr. E 11 (Entsiegelung / Aufforstung / Entw. Trockenrasen) Märkische Heide) zum Lageplan der landschaftspflegerischen Maßnahmen Unterlagen-Nr.: 12.2 Blatt-Nr.: 31A (V = Vermeidung, S = Schutz, G = Gestaltung, A = Ausgleich, E = Ersatz) Lage der Maßnahme: Gemarkung Finow</p>
<p>Fortsetzung Maßnahmenbeschreibung:</p> <p>Von der Stadt wurde eine detaillierte Bestandsaufnahme durchgeführt, aus der Lage, Versiegelungsgrad und Größe der baulichen Anlagen hervorgehen (siehe Anhang 8). Eine Aktualisierung des Entsiegelungspotentials erfolgte im Auftrag der Stadt Eberswalde 2016 durch das Büro delphiCon (Anhang 8A). Danach besteht nach Abzug bereits rückgebauter Gebäude und eines zu erhaltenden Gebäudes noch ein Entsiegelungspotential von 2,149 ha (Teilmaßnahme 1). Auf den entsiegelten Flächen werden 0,86 ha aufgeforstet (2. Teilmaßnahme) und 1,259 ha zu Trockenrasen entwickelt (3. Teilmaßnahme).</p> <p>Die bebauten bzw. versiegelten Flächen werden komplett im Rahmen der von der ILB geförderten Maßnahme der Stadt beräumt, das Abbruchmaterial einer Verwertung zugeführt bzw. fachgerecht entsorgt. Infolge des Rückbaus von Anlagen unter Geländeoberkante entstehende Gruben werden mit schadstofffreiem, sich an den umliegenden Flächen orientierendem Erdaushub verfüllt.</p> <p>Die Auswahl der Baumarten für die Aufforstung erfolgt unter Berücksichtigung der bereits bestehenden Waldbestände und der potentiell natürlichen Vegetation in Absprache mit dem zuständigen Stadtförster. Auf dem Gelände haben sich überwiegend Birkenwälder etabliert, daneben finden sich ältere Kiefernwaldbestände.</p> <p>Im Bereich der zu entsiegelnden Flächen werden weiterhin 1,259 ha Trockenrasen entwickelt. Hierzu werden die Flächen nach Entsiegelung zunächst der Sukzession überlassen. Die Bestände sind danach durch Mahd oder Beweidung offenzuhalten. Die Zeitabstände in denen Pflegemaßnahmen notwendig sind, richten sich je nach Entwicklung des Vegetationsbestandes bzw. aufkommenden Gehölzen.</p> <p><u>Realisierung und Finanzierung.</u> Die Realisierung der Teilmaßnahme 1 – Entsiegelung - erfolgt durch die Stadt Eberswalde im Zusammenhang mit dem von der ILB geförderten Abriss der Hochbauten. Der Landesbetrieb Straßenwesen leistet im Rahmen einer Vereinbarung den finanziellen Zuschuss von € 7,50 / m² (21.491 m² x 7,50 €/m² = 161.182,50 € netto, entspricht 191.807,00 € brutto) für die Entsiegelung der Grundflächen. Durch den Landesbetrieb Straßenwesen wird keine Altlasten- oder Munitionsberäumung finanziert.</p> <p>Die beiden Teilmaßnahmen Erstaufforstung und Entwicklung von Trockenrasen werden durch den Landesbetrieb Straßenwesen nach Beendigung der von der ILB geförderten Maßnahme der Stadt auf den entsiegelten Flächen durchgeführt und gesondert durch den LS finanziert.</p> <p>Durch die Stadt Eberswalde wurde im Vorfeld der Fördermittelbeantragung eine Untersuchung zum Vorkommen gebäudebewohnender Tierarten sowie weiterer geschützter Tierarten in Auftrag gegeben. Die Untersuchungen erfolgten im Jahr 2015. Im Ergebnis der Erfassung wurden verschiedene Schutz-, Vermeidungs- und Ausgleichsmaßnahmen entwickelt. Durch die Untere Naturschutzbehörde des Landkreises Barnim wurde auf dieser Grundlage die Befreiung vom Beeinträchtungsverbot geschützter Arten gemäß § 67 Abs. 2 BNatSchG erteilt (Bescheid vom 26. Januar 2015)</p> <hr/> <p>Fortsetzung des Biotopentwicklungskonzeptes: Die Teilmaßnahme Trockenrasenentwicklung erfordert 1x jährlich eine Schafbeweidung oder eine Mahd.</p>		

Normatives Dokument

PEFC D 1002-1:2014

Deutscher PEFC-Standard

PEFC-Standards für nachhaltige Waldbewirtschaftung



PEFC Deutschland e.V.

Tübinger Str. 15, D-70178 Stuttgart

Tel: +49 (0)711 24 840 06, Fax: +49 (0)711 24 840 31

E-mail: info@pefc.de, Web: www.pefc.de

Copyright-Vermerk

© PEFC Deutschland 2014

Dieses Dokument von PEFC Deutschland e.V. ist urheberrechtlich geschützt. Es ist auf der PEFC-Internetseite oder auf Anfrage frei verfügbar.

Kein Teil dieses urheberrechtlich geschützten Dokuments darf geändert oder ergänzt werden. Ohne die Genehmigung durch PEFC Deutschland e.V. darf das Dokument nicht zu kommerziellen Zwecken vervielfältigt oder kopiert werden.

Name des Dokuments: PEFC-Standards für nachhaltige Waldbewirtschaftung

Titel des Dokuments: PEFC D 1002-1:2014

Verabschiedet von: Deutscher Forst-Zertifizierungsrat

Datum: 26.11.2014

Veröffentlicht am: 01.12.2014

Inkrafttreten am: 01.01.2015

Einführung

Die nachhaltige Waldbewirtschaftung in Deutschland erfolgt in einer Weise, welche die biologische Vielfalt, die Produktivität, die Verjüngungsfähigkeit, die Vitalität und die Fähigkeit, gegenwärtig und in Zukunft wichtige ökologische, wirtschaftliche und soziale Funktionen auf lokaler und nationaler Ebene zu erfüllen, erhält und anderen Ökosystemen keinen Schaden zufügt (Definition der Ministerkonferenz zum Schutz der Wälder in Europa).

Nachhaltige Waldbewirtschaftung orientiert sich an den 1993 in Helsinki auf der Ministerkonferenz zum Schutz der Wälder in Europa beschlossenen Kriterien:

1. Erhaltung und angemessene Verbesserung der forstlichen Ressourcen und ihr Beitrag zu globalen Kohlenstoffkreisläufen.
2. Erhaltung der Gesundheit und Vitalität von Forstökosystemen.
3. Erhaltung und Förderung der Produktionsfunktion der Wälder (Holz- und Nichtholz).
4. Bewahrung, Erhaltung und angemessene Verbesserung der biologischen Vielfalt in Waldökosystemen.
5. Erhaltung und angemessene Verbesserung der Schutzfunktionen bei der Waldbewirtschaftung (vor allem Boden und Wasser).
6. Erhaltung sonstiger sozio-ökonomischer Funktionen und Bedingungen.

Eine nachhaltige Waldbewirtschaftung dient dem Klimaschutz.

Waldbesitzer, die ihre Waldbewirtschaftung an diesem gemeinsamen Ziel der umfassenden Nachhaltigkeit ausrichten, können sich an der PEFC-Zertifizierung beteiligen. Die Dokumentation der nachhaltigen Waldbewirtschaftung erfolgt auf regionaler Ebene auf Grundlage der Indikatorenliste. Die vorliegenden Standards präzisieren die aus den Helsinki-Kriterien abgeleiteten Anforderungen für die praktische Waldbewirtschaftung auf der betrieblichen Ebene.

Um die Lesbarkeit zu erleichtern, wird bei Personenbezeichnungen die männliche Form verwendet. Diese Bezeichnungen erfassen jedoch weibliche und männliche Personen.

Geltungsbereich

Diese Standards beziehen sich ausschließlich auf die nachhaltige Bewirtschaftung von Wäldern (Holzboden- und Nichtholzboden-Fläche). Flächig ausgeprägte Sondernutzungen können auf Antrag des Waldbesitzers von diesen Regelungen ausgeschlossen werden. Bei bestehender PEFC-Zertifizierung ist die Neuanlage solcher Sonderflächen nur zulässig, wenn die nachhaltige Waldbewirtschaftung im Gesamtbetrieb und die Waldfunktionen im Bereich der Sonderflächen durch deren Umfang und die Größe der Einzelflächen nicht erheblich beeinträchtigt werden.

Bei Antragstellung ist die Lage und Ausdehnung der Sonderflächen gegenüber PEFC Deutschland e.V. zu dokumentieren. Produkte aus diesen Flächen dürfen nicht als PEFC-zertifiziert verkauft oder mit dem PEFC-Logo gekennzeichnet werden. Ausnahmen bilden (1) Weihnachtsbäume, die im Zuge regulärer Waldbewirtschaftung etwa bei der Jungwuchspflege anfallen, und (2) Produkte aus Weihnachtsbaum- und Schmuckreisigkulturen, die einzelbetrieblich nach dem PEFC-Weihnachtsbaumstandard zertifiziert sind.

- a) *Als flächig ausgeprägte Sondernutzungen gelten insbesondere Weihnachtsbaum- oder Schmuckreisigkulturen, Kurzumtriebsplantagen auf Waldflächen, Versuchsflächen und Wildgatter.*

0. Gesetzliche und andere Forderungen

0.1 Gesetzliche und andere Forderungen, zu deren Einhaltung der Waldbesitzer verpflichtet ist, werden beachtet. Hierzu gehören beispielsweise:

- die auf international geltenden Konventionen beruhenden Rechtsvorschriften (z.B. Übereinkommen über die Biologische Vielfalt, Klimarahmenkonvention und Kyoto-Protokoll, Washingtoner Artenschutzübereinkommen [CITES], Protokoll über die Biologische Sicherheit, ILO-„Kernarbeitsnormen“ [International Labour Organisation]),
- die relevanten Bundes- und Landesgesetze sowie
- alle für den Waldbesitzer als Vertragspartner relevanten vertraglichen Verpflichtungen (z.B. Tarifverträge).

1. Forstliche Ressourcen

Ziel ist es, den Wald umfassend nachhaltig zu bewirtschaften. Die forstlichen Ressourcen und die von ihnen ausgehenden vielfältigen Waldfunktionen sollen erhalten und gegebenenfalls verbessert sowie deren Beitrag zu globalen Kohlenstoffkreisläufen gefördert werden. Maßnahmen zur Erhöhung der CO₂-Senkenleistung der Wälder werden nach Möglichkeit umgesetzt. Besondere Beachtung gilt der Substitution nicht erneuerbarer Energieträger und Rohstoffe.

- 1.1 Bewirtschaftungspläne, die der Betriebsgröße und Betriebsintensität entsprechen, werden erstellt. Sie berücksichtigen ökologische, ökonomische und soziale Ziele im Sinne von PEFC. Die Waldbewirtschaftung orientiert sich an den Bewirtschaftungsplänen und stellt langfristig einen zielorientierten Ausgleich zwischen Holznutzung und Holzzuwachs sicher (siehe Leitfaden 1).
- 1.2 Eine dauerhafte Bewaldung wird erhalten. Im Falle einer Verlichtung, d.h. einer Absenkung des Bestockungsgrades unter ein kritisches Niveau (0,4) ohne vorhandene Verjüngung, erfolgt die Verjüngung mit standortgerechten Baumarten. Natürliche sukzessionale Entwicklungen, soweit sie den Verjüngungszielen dienen, werden einbezogen.
- 1.3 Bei Waldumwandlungen (Nutzungsänderungen) anfallendes Holz wird nur dann als „PEFC-zertifiziert“ deklariert, wenn es sich um – nach Naturschutz- und Forstrecht – genehmigte Rodungen handelt.

2. Gesundheit und Vitalität des Waldes

Gesundheit und Vitalität der Waldökosysteme sind Voraussetzung für eine nachhaltige Waldbewirtschaftung. Ziel ist es daher, im Rahmen der waldbaulichen Maßnahmen besondere Rücksicht auf die Empfindlichkeit der Ökosysteme zu nehmen.

2.1 Die Methoden des integrierten Waldschutzes werden angewendet.

- a) *Integrierter Waldschutz: Kombination von Verfahren, bei denen unter vorrangiger Berücksichtigung mechanischer, biologischer, biotechnischer, pflanzenzüchterischer sowie anbau- und kulturtechnischer Maßnahmen die Anwendung chemischer Pflanzenschutzmittel auf das notwendige Maß beschränkt wird. (§ 2 Pflanzenschutzgesetz)*

2.2 Anwendungen von Pflanzenschutzmitteln finden nur als letztes Mittel z.B. bei schwerwiegender Gefährdung des Bestandes oder der Verjüngung nach Maßgabe des Pflanzenschutzgesetzes statt. Alternative organisatorische und/oder technische Maßnahmen haben Vorrang. Mit Ausnahme von Polterspritzungen sowie dem Ausbringen von Wundverschluss- und Wildschadensverhütungsmitteln wird für alle anderen Anwendungen von Pflanzenschutzmitteln ein schriftliches Gutachten (siehe Leitfaden 2) durch eine fachkundige Person erstellt. Die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln erfolgt in jedem Fall durch eine Person mit Sachkundenachweis gemäß PflSchG.

- a) *Als Pflanzenschutzmittel im Sinne dieser Bestimmung gelten Herbizide, Insektizide, Fungizide und Rodentizide.*
- b) *Eine Person gilt als fachkundig im Sinne dieses PEFC-Standards, wenn sie eine forstliche Ausbildung an einer Universität, Fachhochschule oder Technikerschule abgeschlossen hat.*

2.3 Bodenschutzkalkungen werden nur auf Grundlage eines boden- und/oder waldernährungskundlichen Gutachtens bzw. fundierter Standortserkundung durchgeführt und dokumentiert.

2.4 Düngung zur Steigerung des Holzertrages wird unterlassen.

- a) *Kompensationsmaßnahmen, die der Erhaltung oder der Wiederherstellung der ursprünglichen Standortsgüte dienen, wie Bodenschutzkalkungen, gelten nicht als Düngung im Sinne dieser Regelung.*
- b) *Eine Kopfdüngung zur Sicherung des Anwuchserfolges ist zulässig.*

2.5 Flächiges Befahren wird grundsätzlich unterlassen. Es wird ein dauerhaftes Feinerschließungsnetz, das einem wald- und bodenschonenden Maschineneinsatz Rechnung trägt, aufgebaut. Der Rückegassenabstand beträgt grundsätzlich mindestens 20 m. Bei verdichtungsempfindlichen Böden werden größere Abstände angestrebt (siehe Leitfaden 3).

Ausnahmen für flächiges Befahren können z.B. sein: Bodenbearbeitung, Mulchen, Pflanzung, Saat. Diese Maßnahmen werden auf das unbedingt erforderliche Ausmaß begrenzt. Bei verdichtungsempfindlichen Böden wird das Befahren bodenschonend (geringe Bodenfeuchtigkeit, bodenpfleglicher Maschineneinsatz) gestaltet.

- a) *Die Prüfkriterien des Kuratoriums für Waldarbeit und Forsttechnik (KWF) geben Anhaltspunkte für die Bodenpfleglichkeit des Maschineneinsatzes: z.B. geringer Reifendruck, geringe Radlast, möglichst Breitreifen, möglichst großer Reifendurchmesser.*
- b) *Bei besonderen topographischen und standörtlichen Situationen kann von einer streng schematischen Feinerschließung abgewichen werden, wenn dadurch Schäden am Boden oder Bestand vermieden werden.*

2.6 Die dauerhafte Funktionsfähigkeit der Rückegasse als Widerlager für Fahrzeuge wird sichergestellt. Der Gleisbildung wird insbesondere durch folgende Maßnahmen entgegen gewirkt: optimale Planung und Logistik zur Reduktion der Überfahrten, witterungsbedingte Unterbrechungen der Holzernte, Stabilisierung der Rückegassen durch Reisigauflage, Ausnutzen aller technischen Optionen und Leistungen der Maschinen (Bogiebänder, Raupenfahrwerke, Traktionshilfswinde, Anpassung des Reifenfülldrucks, o.ä.)

2.7 Bei Holzerntemaßnahmen werden Schäden am verbleibenden Bestand, an der Verjüngung und am Boden durch pflegliche Waldarbeit weitestgehend vermieden.

Bei der Hiebsmaßnahme kommen am verbleibenden Bestand Fällungs- und Rückeschäden nur bei maximal 10 % der Stammzahl vor. Auf entsprechende Schlagordnung und Schonung der Verjüngung wird geachtet.

Bei Z-Baum-Auswahl sind diese als solche erkennbar und werden möglichst nicht beschädigt.

3. Produktionsfunktion der Wälder

Die Sicherung der Produktionsfunktion der Wälder ist eine volkswirtschaftliche Aufgabe. Die heimische Holzproduktion gewährleistet die Bereitstellung des ökologisch wertvollen Rohstoffes Holz mit kurzen Transportwegen. Ziel es ist, den Waldbesitzer durch angemessene Einkünfte aus dem Wald in die Lage zu versetzen, auf lange Sicht eine umfassend nachhaltige Waldbewirtschaftung und Pflege zu gewährleisten.

- 3.1 Der Waldbesitzer wirkt auf eine hohe Wertschöpfung und einen wirtschaftlichen Erfolg hin.
- 3.2 Die Stärkung der Produktionsfunktion umfasst die Erzeugung hoher Holzqualitäten und einer breiten Produktpalette im Rahmen der betrieblichen Zielsetzung. Der Waldbesitzer bewirtschaftet deshalb seine Wälder produktorientiert, auch im Hinblick auf die Vermarktung von Nicht-Holz-Produkten und Dienstleistungen.
- 3.3 Eine angemessene und auf die Betriebsziele abgestimmte Pflege wird sichergestellt.
- 3.4 Die Endnutzung nicht-hiebsreifer Bestände wird grundsätzlich unterlassen.
 - a) *Nadelbaumbestände unter 50 bzw. Laubbaumbestände unter 70 Jahren gelten als nicht-hiebsreif.*
 - b) *Ausnahmen sind:*
 - *Schnellwachsende Baumarten (z.B. Pappel, Weide, Robinie),*
 - *Stockausschlag im Rahmen von Niederwald- bzw. Mittelwald-Bewirtschaftung,*
 - *Maßnahmen zum Umbau ertragsschwacher oder standortwidriger Bestockungen.*
- 3.5 Der Wald wird bedarfsgerecht erschlossen. Dabei wird besondere Rücksicht auf Belange der Umwelt genommen. Insbesondere werden schutzwürdige Biotope geschont. Bodenversiegelung mit Beton- und Schwarzdecken wird nur aus zwingenden Gründen vorgenommen.
 - a) *Ein Wald ist bedarfsgerecht erschlossen, wenn alle Bestände, deren Nutzung unter Würdigung wirtschaftlicher, ökologischer und sozialer Aspekte sinnvoll ist, mit den nach dem jeweiligen Stand der Ernte- und Bringungstechnik gängigen und örtlich verfügbaren Methoden erreicht werden. In nicht oder nur extensiv genutzten Wäldern ist ein Grunderschließungsnetz erforderlich, das eine ausreichende Zugänglichkeit zum Katastrophenschutz und in Notfällen ermöglicht.*
- 3.6 Auf Ganzbaumnutzung wird verzichtet. Auf nährstoffarmen Böden wird im regulären Betrieb auch von einer Vollbaumnutzung abgesehen (siehe Leitfaden 4).
 - a) *Bei der Nutzung und Entfernung aller ober- und unterirdischen Baumteile aus dem Bestand handelt es sich um eine Ganzbaumnutzung, bei der Nutzung und Entfernung aller oberirdischen Baumteile um eine Vollbaumnutzung. Nebennutzungen sind von dieser Regelung ausgenommen.*

4. Biologische Vielfalt in Waldökosystemen

Ziel ist die Bewahrung, Erhaltung und angemessene Verbesserung der biologischen Vielfalt im Konsens mit den nationalen und internationalen Verpflichtungen (z.B. FFH- und Vogelschutzrichtlinie). Die Waldbewirtschaftung berücksichtigt dabei die Erkenntnisse der wissenschaftlichen Forschung, insbesondere der Naturwaldforschung, um im Rahmen von Ökosystemdienstleistungen bestmöglichen Nutzen aus natürlichen Strukturen und Prozessen zu ziehen, die biologische Vielfalt zu sichern und naturnahe Bestände aufzubauen. Führt der Schutz der Biodiversität zu unverhältnismäßigen wirtschaftlichen Nachteilen für den Waldbesitzer, so sollte dies durch Förderprogramme oder Maßnahmen des Vertragsnaturschutzes kompensiert werden.

4.1 Mit Ausnahme natürlicher Reinbestände werden Mischbestände mit standortgerechten Baumarten erhalten bzw. aufgebaut.

Ein hinreichender Anteil von Baumarten der natürlichen Waldgesellschaften wird angestrebt.

Bei der Beteiligung fremdländischer Baumarten wird sichergestellt, dass es durch deren Naturverjüngung nicht zu einer Beeinträchtigung der Regenerationsfähigkeit anderer Baumarten und damit zu deren Verdrängung kommt.

- a) *Bei einem Anteil von Mischbaumarten ab 10 % wird ein Bestand als gemischt angesehen.*
- b) *Eine Baumart gilt dann als standortgerecht, wenn sie sich auf Grund physiologischer und morphologischer Anpassung an die Standortbedingungen in der Konkurrenz zu anderen Baumarten und zu Sträuchern, Gräsern und krautigen Pflanzen in ihrem gesamten Lebenszyklus von Natur aus behauptet, gegen Schäden weitgehend resistent ist und die Standortkraft erhält oder verbessert. Die Bewertung erfolgt in der Gesamtbetrachtung aller drei Kriterien Konkurrenzkraft, Sicherheit und Pfléglichkeit. So können auch Baumarten, zu deren Gunsten steuernde Eingriffe erfolgen (z.B. Eiche in Mischbeständen mit Buche) standortgerecht sein.*
- c) *Der Anteil kann dann als hinreichend angesehen werden, wenn Reproduzierbarkeit für die nächste Bestandesgeneration durch natürliche Verjüngung gegeben ist (vgl. § 5 Abs. 3 BNatSchG).*

4.2 Seltene Baum- und Straucharten werden gefördert.

4.3 Die Herkunftsempfehlungen für forstliches Saat- und Pflanzgut werden eingehalten.

4.4 Saat- und Pflanzgut mit überprüfbarer Herkunft wird verwendet, soweit es für die jeweilige Herkunft am Markt verfügbar ist.

- a) *Die Überprüfbarkeit der Herkunft (Identität) wird durch ein von PEFC Deutschland anerkanntes Verfahren (z.B. ZÜF oder FFV) bzw. kontrollierte Lohnanzucht sichergestellt.
Die Wildlingswerbung und deren interne Verwendung sowie die Verwendung im eigenen Forstbetrieb erzeugten Saat- und Pflanzgutes bleiben von dieser Regelung unberührt.*

4.5 Gentechnisch veränderte Organismen kommen nicht zum Einsatz.

4.6 An die zu verjüngende Baumart angepasste Verjüngungsverfahren werden angewendet.

- 4.7 Der natürlichen Verjüngung wird der Vorzug gegeben, wenn die zu erwartende Verjüngung standortgerecht und qualitativ wie quantitativ befriedigend ist und eine Pflanzung aufgrund eines geplanten Waldumbaus nicht erforderlich ist.
- 4.8 Kahlschläge werden grundsätzlich unterlassen. Ausnahmen sind zulässig, wenn ein Umbau in eine standortgerechte Bestockung oder die Verjüngung einer standortgerechten Lichtbaumart aus dem Altbestand auf anderem Wege nicht möglich ist, wenn aufgrund kleinstparzellierter Betriebsstruktur andere waldbauliche Verfahren nicht sinnvoll sind oder aus zwingenden Gründen des Waldschutzes, der wirtschaftlichen Situation des Waldbesitzers oder der Verkehrssicherungspflicht.
- a) *Kahlschläge sind flächige Nutzungen in Beständen ohne Verjüngung, die auf der Fläche zu Freilandklima führen.*
 - b) *Kleinflächige Nutzungen, die der Entwicklung einer natürlichen Verjüngung oder dem Aufbau mehrstufiger Bestandesabfolgen dienen, und historische Waldnutzungsformen (Niederwaldbewirtschaftung) gelten nicht als Kahlschläge.*
 - c) *Zwingende Gründe der wirtschaftlichen Situation des Waldbesitzers sind wirtschaftliche Notlagen, die auf Anforderung gegenüber dem Zertifizierer in geeigneter Weise zu belegen sind.*
- 4.9 Auf geschützte Biotope und Schutzgebiete sowie gefährdete Tier- und Pflanzenarten wird bei der Waldbewirtschaftung besondere Rücksicht genommen.
- 4.10 Biotopholz, z.B. Totholz, Horst- und Höhlenbäume, wird zum Schutz der biologischen Vielfalt in angemessenem Umfang erhalten und gefördert. Verkehrssicherungspflicht, Waldschutz- und Unfallverhütungsvorschriften haben hierbei jedoch Priorität. Neu aufzustellende Betriebspläne beinhalten auch die Thematik „Biotopholz im Wald“ (siehe Leitfaden 5).
- 4.11 Angepasste Wildbestände sind Grundvoraussetzung für naturnahe Waldbewirtschaftung im Interesse der biologischen Vielfalt. Im Rahmen seiner Möglichkeiten wirkt der einzelne Waldbesitzer auf angepasste Wildbestände hin (siehe Leitfaden 6).
- Alle rechtlichen Möglichkeiten (z.B. Geltendmachung von Wildschäden) werden ausgeschöpft.
- a) *Wildbestände gelten dann als angepasst, wenn die Verjüngung der Hauptbaumarten ohne Schutzmaßnahmen möglich ist und erhebliche, frische Schälschäden an den Hauptbaumarten nicht großflächig auftreten.*

5. Schutzfunktionen der Wälder

Ziel ist es, bei der Waldbewirtschaftung die Schutzfunktionen zu erhalten und angemessen zu verbessern, da sie für die Allgemeinheit in einem dicht besiedelten Land von besonderer Bedeutung sind.

- 5.1 Bei der Waldbewirtschaftung werden alle Schutzfunktionen angemessen berücksichtigt.
- 5.2 Gewässer im Wald werden durch die Waldbewirtschaftung nicht beeinträchtigt. Besondere Sorgfalt gilt den Uferbereichen und der Qualität des Grund- und Oberflächenwassers in Wasserschutzgebieten. Ausgleichspflichten nach Wasserrecht bleiben hiervon unberührt.
- 5.3 Auf die Neuanlage von Entwässerungseinrichtungen wird verzichtet.

Bestehende Einrichtungen dürfen gepflegt werden. Für den Schutz wertvoller Moor- und Nassstandorte wird besonders Sorge getragen.

- a) *Wegegräben sind keine Entwässerungseinrichtungen im Sinne dieser Regelung.*
- b) *Die Anlage von Entwässerungseinrichtungen in Sonderfällen, wie Renaturierung ehemaliger Abbauflächen, ist zulässig.*

5.4 Zum Schutz des Bodens wird auf eine flächige, in den Mineralboden eingreifende Bodenbearbeitung und Vollumbruch verzichtet.

- a) *Eine schonende Bodenverwundung sowie eine plätze- und streifenweise Bodenbearbeitung sind zulässig, wenn eine zielgerichtete Verjüngung auf anderem Wege nicht möglich ist.*
- b) *Ein Vollumbruch vor Erstaufforstungen und von Waldbrandschutzstreifen ist zulässig.*

5.5 Zum Schutz von Wasser und Boden werden bei der Waldarbeit biologisch schnell abbaubare Kettenöle und Hydraulikflüssigkeiten verwendet. Eine Ausnahme gilt hinsichtlich der Hydraulikflüssigkeiten, wenn landwirtschaftliche Zugmaschinen ohne von dieser Zugmaschine hydraulisch angetriebene Anbaugeräte eingesetzt werden.

Notfall-Sets für Ölhavarien mit einer ausreichenden Auffangkapazität werden an Bord der Maschine mitgeführt.

Private Selbstwerber weisen die Verwendung von biologisch schnell abbaubaren Kettenölen nach (Selbsterklärung).

- a) *Der Begriff „Waldarbeit“ umfasst folgende Tätigkeiten: Holzernte, Rückearbeiten, Waldpflege und Pflanzung.*
- b) *Der Einsatz von biologisch schnell abbaubaren Kettenölen und Hydraulikflüssigkeiten wird durch einen Beschaffungsnachweis oder – bei Neumaschinen – durch die Betriebsanleitung oder durch andere geeignete Nachweise (z.B. Ölanalyse) belegt. Der Beleg wird – zusammen mit dem Arbeitsauftrag – auf der Maschine mitgeführt.*
- c) *Biologisch schnell abbaubar sind Kettenöle und Hydraulikflüssigkeiten, wenn dafür ein Umweltzeichen (z.B. „Blauer Engel“, EU-Umweltzeichen) vergeben wurde oder nachweislich mindestens die Kriterien des EU-Umweltzeichens für Schmierstoffe erfüllt werden.*

6. Sozio-ökonomische Funktionen der Wälder

Ziel ist es, dass der Waldbesitzer seine Verantwortung gegenüber der Gesellschaft und insbesondere gegenüber den in seinem Wald arbeitenden Menschen in vollem Umfang wahrnimmt. Die vielfältigen sozio-ökonomischen Funktionen des Waldes werden dabei sichergestellt und gefördert.

6.1 Für den Fall, dass eigenes Personal beschäftigt wird, wird ein den betrieblichen Verhältnissen angepasster Bestand von forstwirtschaftlich ausgebildetem Fachpersonal erhalten oder geschaffen. Als Fachpersonal gelten Arbeitskräfte, die eine der Tätigkeit entsprechende Ausbildung abgeschlossen haben oder über mehrjährige Berufserfahrung verfügen.

6.2 Private Selbstwerber weisen die Teilnahme an einem qualifizierten Motorsägenlehrgang nach.

- a) *Als Nachweis dient eine Teilnahmebescheinigung, aus der die Schulungsinhalte ersichtlich sind.*
- b) *Ein Motorsägenlehrgang gilt als qualifiziert, wenn dieser den Selbstwerber zur Holzernte (stehendes Holz) bzw. -aufarbeitung (liegendes Holz) befähigt. (Siehe Leitfaden 7 mit Schulungsanforderungen)*

- c) *Durch eine Selbsterklärung des Selbstwerbers wird gewährleistet, dass Brennholz für den eigenen Verbrauch geworben wird und es sich nicht um einen gewerblichen Selbstwerber handelt.*

6.3 Im Forstbetrieb eingesetzte forstwirtschaftliche Dienstleistungs-, Lohnunternehmer und gewerbliche Selbstwerber verfügen über die für die Tätigkeit erforderliche Qualifikation (siehe Leitfaden 8).

6.4 In der Waldarbeit werden nur solche Dienstleistungs-, Lohnunternehmer und gewerbliche Selbstwerber eingesetzt, die ein von PEFC Deutschland anerkanntes Zertifikat* besitzen.

- a) *Beim Einsatz von Dienstleistungs- und Lohnunternehmern sowie gewerblichen Selbstwerbern, die ein von PEFC anerkanntes Zertifikat besitzen, können die im Leitfaden 8 aufgelisteten Anforderungen als erfüllt angesehen werden.*
- b) *Von dieser Regelung sind ausgenommen:*
- *Betriebe, die nach § 19 UStG „Besteuerung der Kleinunternehmer“ keine Umsatzsteuer leisten.*
 - *die Aufarbeitung von nachgewiesenem Kalamitätsholz.*
- c) *Der Begriff „Waldarbeit“ umfasst folgende Tätigkeiten: Holzernte, Rückearbeiten, Waldpflege und Pflanzung.*

* *Bisher anerkannt: RAL-Gütezeichen (www.ral-ggw.de), Deutsches Forst Service Zertifikat (www.vdaw.de > Qualitätssicherung), „Kompetente Forst Partner“-Zertifikat (www.fvn-service.de) und KUQS (www.sachsen.dfuv.eu.de).*

6.5 Die Unfallverhütungsvorschriften der zuständigen Versicherungsträger und die Betriebs-sicherheitsverordnungen werden eingehalten. Wenn technisch umsetzbar, gehört hierzu auch eine funktionierende Rettungskette.

6.6 Für Zweitaktmaschinen werden Sonderkraftstoffe verwendet. Private Selbstwerber weisen die Verwendung von Sonderkraftstoffen nach (Selbsterklärung).

6.7 Allen in der Forstwirtschaft eingesetzten Beschäftigten wird die Möglichkeit zur Aus- / Fort- / Weiterbildung gegeben. Derartige Maßnahmen werden dokumentiert.

6.8 Die Beschäftigten in der Forstwirtschaft werden auf der Grundlage geltender Tarifverträge der Forstwirtschaft beschäftigt. Sofern für den einzelnen Betrieb oder Beschäftigten keine Tarifbindung vorliegt, kommen regional geltende vergleichbare Bedingungen der Forstwirtschaft zur Anwendung, z.B. der jeweilige Branchentarif der Forstlichen Erzeugerstufe bzw. für Forstbedienstete. Sie werden Bestandteil des Arbeitsvertrages.

6.9 Die Mitgestaltung des Betriebsgeschehens im Rahmen der jeweils geltenden Gesetze der Mitbestimmung steht den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern offen.

6.10 Die Öffentlichkeit hat zum Zwecke der Erholung freien Zutritt zum Wald. Beschränkungen sind zulässig, insbesondere zum Schutz der Ökosysteme sowie aus Gründen der forstlichen und jagdlichen Bewirtschaftung, zum Schutz der Waldbesucher, zur Vermeidung erheblicher Schäden oder zur Wahrung anderer schutzwürdiger Interessen des Waldbesitzers. Bei der Waldbewirtschaftung werden die Erholungsfunktion und der ästhetische Wert des Waldes berücksichtigt.

6.11 Auf Standorte mit anerkannter besonderer historischer, kultureller oder religiöser Bedeutung wird besondere Rücksicht genommen.

Leitfäden

Die folgenden Leitfäden sind als ergänzende Erläuterungen zu verstehen. Sie sollen den teilnehmenden Waldbesitzern Hilfestellung bei der Auslegung und praktischen Umsetzung der PEFC-Standards geben.

Leitfaden 1

Wie sollte ein Bewirtschaftungsplan gestaltet sein?

Forstbetriebe mit einer Flächengröße von über 100 ha sollen Forsteinrichtungswerke bzw. sofern solche nicht vorliegen, schriftliche Bewirtschaftungskonzepte erstellen, die mindestens folgende Angaben enthalten:

- a) Flächenverzeichnis;
- b) Kartenwerk;
- c) Bestandesbeschreibungen oder Betriebsbeschreibung „Forst“;
- d) Altersklassenübersicht (nach Baumarten getrennt), auch Ergebnisse einer Stichprobenerhebung möglich;
- e) Zuwachs- und Vorratsberechnung;
- f) Zieldefinition (mit Aussagen zu ökonomischen, ökologischen und sozialen Zielen im Sinne von PEFC);
- g) Mittelfristige Betriebsplanung;
- h) Bemessung des Hiebssatzes.

Betriebsgutachten für Forstbetriebe mit einer Flächengröße von unter 100 ha sollen mindestens die unter Punkt a), b), e) und h) aufgeführten Angaben enthalten. An die Stelle der Berechnung von Zuwachs und Vorrat (Punkt e) kann eine Schätzung mit Hilfe der Ertragstafeln treten.

Alle Waldbesitzer ohne schriftliche Betriebsplanung sollen gegenüber dem Zertifizierer ihre Ziele und Planungen (Nutzung, Pflege, Verjüngung) detailliert darlegen.

Leitfaden 2

Wie sollte ein Einsatz von Pflanzenschutzmitteln dokumentiert werden?

Ein Gutachten ist bei der Anwendung von Wundverschluss- und Wildschadensverhütungsmitteln sowie bei der Polterspritzung nicht erforderlich.

Das Gutachten zum Pflanzenschutzmitteleinsatz sollte folgende Angaben enthalten:

- a) Name und Funktion des Gutachters;
- b) Bezeichnung der Wald-/Standorte;
- c) ggf. Karte, in der die Einsatzbereiche gekennzeichnet sind;
- d) Dokumentation, dass eine schwerwiegende Gefährdung vorlag;
- e) ggf. Fotodokumentation der Ausgangssituation;
- f) Darstellung, dass alternative Methoden (z.B. biologisch-technischer Schutz, ...) nicht zielführend sind;
- g) Dokumentation des Präparates und dessen Dosierung;
- h) Zeitpunkt und Art der Ausbringung;
- i) Ergebnis der Erfolgskontrolle.

Leitfaden 3**Wie ist ein dauerhaftes Feinerschließungsnetz zu gestalten?**

- a) Notwendige Abweichungen von den Rückegassenabständen sind fachlich nachvollziehbar als Ausnahme zu begründen. Grundsätzlich wird ein Rückegassenabstand von unter 20 m ausgeschlossen.
- b) Der Rückegassenabstand wird von Rückegassenmitte zu Rückegassenmitte gemessen.
- c) Der genannte Mindestabstand bezieht sich auf tatsächlich genutzte Rückgassen. Rückgassen aus alten, nicht mehr genutzten Erschließungssystemen werden nicht gewertet.
- d) Vor jeder Holzerntemaßnahme wird die zu nutzende Erschließung erkennbar festgelegt.

Leitfaden 4**Bis zu welchem Nährstoffgehalt des Bodens ist eine Vollbaumnutzung noch zulässig?**

Vor dem Hintergrund einer wachsenden Bedeutung von Holz als regenerativem Energieträger und einer hierdurch steigenden Nachfrage nach Holzhackschnitzeln stellen Nutzungen von Vollbäumen bzw. die Nutzung von Kronenmaterial zusätzlich zu Standardsortimenten inzwischen für viele Forstbetriebe eine wirtschaftliche Nutzungsform dar. Da die Nährstoffexporte bei einer solchen Wirtschaftsweise aber überproportional zur Erntemenge ansteigen, darf diese Vorgehensweise im Rahmen einer nachhaltigen Waldbewirtschaftung kein Verfahren bei jedem Eingriff darstellen. Jedoch können unter bestimmten Umständen solche Nutzungen im Rahmen der Einhaltung der PEFC-Standards als vertretbar eingestuft werden. Insbesondere die folgenden Punkte gilt es hierbei zu beachten:

- a) Die Vollbaumnutzungen sollten nicht bei flächigen Nutzungen (Ausnahme: z.B. im Rahmen des Forstschutzes) und erst ab einem Bestandesalter erfolgen, in dem sich auch Standardsortimente für die stoffliche Nutzung aushalten lassen, da in jüngeren Beständen der volumenbezogene Nährstoffexport noch deutlich höher ist.
- b) Das Material sollte – soweit z.B. aus Forstschuttsicht möglich – erst nach dem Abfall von Nadeln, Blättern und Feinreisig aus dem Bestand gerückt werden.
- c) Eine Nährstoffnachlieferung erfolgt über die Verwitterung und über Stoffeinträge aus der Luft, wobei der letztere Faktor der bedeutsamere sein kann. Für die betriebliche Entscheidung, ob Vollbaumnutzungen als vertretbar eingestuft werden oder nicht, sollten auch die Auswertungen der bundesweiten Bodenzustandserhebung sowie des Level-II-Programms des Bundes herangezogen werden. Über diese Quellen lassen sich Rückschlüsse auf den regionalspezifischen Ernährungszustand der einzelnen Baumartengruppen ziehen.
- d) Vollbaumnutzungen sollten in Abhängigkeit von der Nährstoffversorgungssituation der Bestände und der Baumart nicht häufiger als zwei- bis viermal im Bestandesleben erfolgen und grundsätzlich – wie auch Gründe für eine häufigere Durchführung – in geeigneter Form fachlich dokumentiert werden.
- e) Soweit vorhanden sollte sich der Waldbesitzer an Leitlinien für die Anwendbarkeit von Vollbaumnutzungen in den Ländern orientieren (z.B. Bayern, Brandenburg, Hessen, Niedersachsen).

Leitfaden 5

Was bedeutet „angemessener Umfang“ in Bezug auf Biotopholz und was sollte bei der Behandlung des Themas „Biotopholz“ im Betriebsplan beachtet werden?

Biotopholz bestehend aus Horst- und Höhlenbäumen, Totholz und besonderen Altbäumen ist für den Schutz vieler Arten von besonderer Bedeutung. Diese Strukturen treten allerdings erst mit zunehmendem Alter auf und können hier ihre Funktionen besser erfüllen. Alters- und Zerfallsphasen sind in den Beständen, die durch den schlagweisen Hochwald geprägt sind, kaum vorhanden. Es ist wichtig, dass ein ausreichender Anteil an Totholz und Biotopbäumen bei der Bewirtschaftung berücksichtigt und dauerhaft von der Nutzung ausgenommen wird.

Als Biotopholz kommen bevorzugt in Betracht:

- a) Bäume in einem Alter von über 70 Jahren, insbesondere Laubbäume.
- b) Bäume, deren Erhalt kein unzumutbares Risiko für die Arbeits- oder Verkehrssicherheit oder für den Waldschutz darstellen. Aus Gründen der Arbeits- und Verkehrssicherheit kann es auch notwendig sein, Biotopbäume anstelle stehenden Totholzes als liegendes Totholz zu belassen.
- c) Horstbäume.
- d) Höhlenbäume soweit deren Vorkommen nicht gehäuft ist (über zehn Bäume pro Hektar) und diese wirtschaftlich nicht wertvoll sind.
- e) Bäume mit hohen Durchmessern (> 50 cm bzw. > 30 cm BHD bei Weichlaubebäumen) und schlechter Qualität.
- f) einzelne gebrochene, geworfene oder bereits abgestorbene Bäume.

Angemessener Umfang bedeutet:

- a) ausreichende Qualität (s.o.),
- b) sinnvolle Verteilung,
- c) Orientierung in Bezug auf ein ausreichendes Volumen können die Zielformulierungen in den Regionalen Waldberichten bieten.

Das Biotopholzmanagement sollte Eingang in die schriftlichen Arbeitsaufträge finden. Eine Markierung der Biotopbäume vor Erntemaßnahmen und vor der Schlagabraumvergabe ist wünschenswert.

Leitfaden 6

Wie kann der Waldbesitzer auf angepasste Wildbestände hinwirken?

Der Waldbesitzer soll auf der Grundlage der vegetationskundlichen Gutachten (soweit vorhanden) und durch jährliche Waldbegänge auf angepasste Wildbestände hinwirken.

Eigenjagdbezirke – in eigener Regie

Dem Eigenjagdbesitzer ist es durch die Gestaltung der Abschussplanung und deren sachgemäße Erfüllung möglich, selbst auf angepasste Wildbestände hinzuwirken. Sollten die Rahmenbedingungen (Insellage, Wildbestände in den Nachbarrevieren) trotz entsprechender Bemühungen nicht den erwarteten Erfolg bringen, ist dies dem Zertifizierer glaubwürdig darzustellen. Das Wildschadensrisiko kann auch durch geeignete Bejagungsmethoden gesenkt werden.

Verpachtete Eigenjagdbezirke

Die Jagdpächter werden vom Waldbesitzer über das in den PEFC-Standards definierte Ziel („Hauptbaumarten ohne Schutz“) und über die sich daraus ergebenden Maßnahmen informiert. Ersatz für auftretende Wildschäden wird geltend gemacht.

In neu abzuschließenden Jagdpachtverträgen dienen z.B. folgende Maßnahmen zur Erfüllung der PEFC-Vorgaben:

- a) Jährlicher Waldbegang,
- b) Festlegung der Hauptbaumarten,
- c) Wildschadensersatz im gesetzlichen Umfang,
- d) Angemessene Abschussplanung und Erfüllung der Abschussfestsetzung,
- e) Vertragsstrafe bei Nicht-Erfüllung des Abschusses unterhalb einer bestimmten Schwelle (z.B. 80 %) in Abhängigkeit vom Gefährdungsgrad des vegetationskundlichen Gutachtens,
- f) Vorzeitiges Kündigungsrecht bei unzureichender Abschusserfüllung.

Eine Alternative zur Verpachtung sind jährlich kündbare Pirschbezirke.

Verpachtete gemeinschaftliche Jagdbezirke

Jagdgenossen, die sich zur Einhaltung der PEFC-Standards verpflichtet haben, sollen gegenüber dem Zertifizierer dokumentieren, dass sie in geeigneter Weise (schriftlich oder mündlich im Rahmen der Versammlungen der Jagdgenossenschaft) versucht haben, auf die Abschussfestsetzung und die Gestaltung von Jagdpachtverträgen nach o.g. Vorgaben Einfluss zu nehmen, dass sie ggf. Wildschäden geltend gemacht haben und dass sie auf einen jährlichen Waldbegang hingewirkt haben.

Leitfaden 7

Was sollte dem Selbstwerber in einem qualifizierten Motorsägenlehrgang vermittelt werden?

In Deutschland werden von verschiedenen Anbietern Motorsägenlehrgänge angeboten. Ein Motorsägenlehrgang im Sinne des PEFC-Standards 6.2, der nach 2014 erworben wird (Bestandsschutz für Teilnahmebescheinigungen vor 2015), wird vom Waldbesitzer als qualifiziert anerkannt, wenn u.a. folgende Kenntnisse und Fähigkeiten (Theorie und Praxis) vermittelt werden:

- a) Persönliche Schutzausrüstung (z.B. Helm mit Gehör- und Gesichtsschutz, Sicherheitsschuhe mit Schnitenschutz, Schnitenschutzhose, Handschuhe, Warnjacke);
- b) Fällungswerkzeuge (z.B. Grundausstattung an zweckmäßigem Werkzeug);
- c) Sichere Handhabung der Motorsäge (z.B. sicherheitstechnische Einrichtungen an einer Motorsäge sowie deren Pflege und Wartung, einfache Schnittführungen und Fälltechniken);
- d) Schnittführungen mit der Motorsäge (z.B. Trennschnitte am liegenden Holz, Entastungstechnik, Spannungsbeurteilung);
- e) Fällung von schwachen bis mittelstarken Bäumen (z.B. Fällung mit Fällheber, Stützhaltbandtechnik);
- f) Umgang mit hängen gebliebenen Bäumen (z.B. Gefährdungen durch hängen gebliebene Bäume, Abdrehen von hängen gebliebene Bäume).

Wird an Selbstwerber ausschließlich liegendes Holz vergeben, kann auf einen Nachweis der Punkte e) und f) verzichtet werden.

Berufsqualifikationen, bei denen der theoretische und praktische Umgang mit der Motorsäge im Wald Teil des Ausbildungsplans ist, können als qualifizierter Motorsägenlehrgang anerkannt werden.

Leitfaden 8

Was sollte ein Vertrag mit Forstunternehmern oder Selbstwerbern beinhalten?

		Selbstwerber		Dienstleister
		Privat	Gewerblich	
1.	Erfahrung beim Umgang mit der Motorsäge (durch den Besuch eines Grundlehrganges zu dokumentieren)	X	X	X
2.	Qualifiziertes Personal (z.B. Maschinenführer-/Forstwirt-Ausbildung oder mehrjährige Berufserfahrung)		X	X
3.	Einhaltung der UVV, insbesondere a) geeignete persönliche Schutzausrüstung (Helm mit Gehör- und Gesichtsschutz, Sicherheitsschuhe, Schnittschutzhose, Handschuhe), b) keine Alleinarbeit mit der Motorsäge, mit Seilwinde und beim Baumbesteigen, c) Absperrung der Hiebsflächen (keine Personen im Gefahrenbereich), d) Mitführen von Erste-Hilfe-Material vor Ort.	X	X	X
4.	Maschinen nur auf den markierten Rückegassen und Fällungsschäden (vgl. PEFC-Schwellenwert unter Punkt 2.7)	X	X	X
5.	Aufarbeitung nur der zugewiesenen Bäume/Kronen (Bedeutung von liegendem und stehendem Totholz)	X	X	X
6.	Geeignete Geräte und Maschinen mit funktionssicheren sicherheitstechnischen Einrichtungen (möglichst mit KWF-Gebrauchswertprüfung (FPA))	X	X	X
7.	Verwendung biologisch schnell abbaubarer Kettenöle, Sonderkraftstoffe und Hydraulikflüssigkeiten, für private Selbstwerber obligatorisch	X	X	X
8.	Mitführen eines Notfall-Sets für Ölhavarien		X	X
9.	Einhaltung arbeitsschutzrechtlicher Bestimmungen		X	X
10.	Gewerbeanmeldung, gewerbesteuerliche Unbedenklichkeitsbescheinigung, Zugehörigkeit zur Berufsgenossenschaft, Versicherungsnachweise (Sozial-, Haftpflichtversicherung), Aufenthalts-/ Arbeitserlaubnis für Arbeitskräfte aus Nicht-EU-Staaten		X	X
11.	Einhaltung der tariflichen Vorgaben		X	X

Wenn keine schriftlichen Verträge mit den Selbstwerbern/Dienstleistern geschlossen werden, sollen o.g. Inhalte in einem Merkblatt festgehalten werden, dessen Erhalt vom Selbstwerber/Dienstleister per Unterschrift bestätigt wird. Alle begleitenden Personen sind über o.g. Regeln zu informieren. Bei Subunternehmereinsatz muss eine Bestätigung vorliegen, dass die Vertragsinhalte auch von diesen eingehalten werden.

Im Arbeitsauftrag mit dem Forstunternehmer wird eine maximal tolerierbare Gleistiefe definiert, bei der die Holzernte/-bringung eingestellt wird. Bei Missachtung der genannten Regeln ist der sofortige Ausschluss von der Holzwerbung und ggf. eine Vertragsstrafe in Aussicht zu stellen.

Ein detaillierter Notrufplan, u.U. durch die Koordinaten ergänzt, ist dem schriftlichen Arbeitsauftrag beizufügen. Die Selbstwerber/Dienstleister sind an jedem Einsatzort über den nächsten Rettungspunkt zu informieren.